



Patrick Hilty: «Die Widersprüche schaden dem ganzen Programm trotz einiger doch ganz guter Ansätze.»



Peter Marxer jun.: «Die Politik ist gefordert, zunächst die Zielsetzungen zu definieren.»



Josef Biedermann: «Fragwürdig erscheint mir die generelle Herabsetzung des Einstiegsalters für Frühenglisch.»



Urs Sprenger: «Die aktuellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit zeigen, wie dringend hier der Hebel angesetzt werden muss.»



Carsten-Henning Schlag: «Die Wirtschaftsförderung ist ein sensibler Bereich, in dem auch viel schief laufen kann.»

«Ein paar schöne Worte und Floskeln»

Stimmen zum Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2005 – 2009

Der Ansatz sei gut, es fehle jedoch ein Leitfaden und eine klare Zielsetzung. Das Regierungsprogramm wird kritisiert, in vielen Punkten aber auch positiv bewertet.

• VON JANINE KÖPFLI

Es sei zu allgemein gehalten, biete nichts Konkretes, und vor allem im Vorwort nur «schöne Worte und Floskeln». Es sei zum Teil widersprüchlich und klammere einzelne Themen aus. So einige der kritischen Stimmen zum Programm, das die Regierung am Freitag vorstellte. Grundsätzlich wird das Papier aber begrüsst. Es sei erfreulich, dass die Regierungsmitglieder an einem Strick ziehen und als Koalition gemeinsame Ziele formulieren.

Das «Liechtensteiner Vaterland» bat Personen in Liechtenstein, die im Moment nicht politisch tätig sind, zum Regierungsprogramm Stellung zu nehmen.

Patrick Hilty:
«Zu allgemein»

Es sei erfreulich, dass die Regierung gemeinsam ein Programm erarbeitet, sagt Patrick Hilty, Geschäftsleitungsmitglied der RevTrust AG. Damit verpflichte sie sich, den aufgezeigten Weg auch wirklich einzuschlagen. Patrick Hilty sieht jedoch Probleme und schreibt in einem Statement: «Leider fehlt im Vorwort eine klare Zielsetzung, das Aufzeigen eines Weges für unser Land. Schon seit Jahre wird über ein Leitbild diskutiert und ein solches gefordert, doch vorhanden scheint es nicht zu sein. So tun es halt ein paar schöne Worte und Floskeln, die uns sagen, wie gut es uns geht und wie viel Arbeit noch vor uns liegt. Im Programm selbst gibt es vereinzelt klare Aussagen, doch generell überwiegt die Verallgemeinerung.

Es ist erfreulich, wenn die Regierung einen ausgeglichenen Finanzhaushalt anstrebt, aber in den letzten Jahren hat sie es nicht geschafft. Jetzt wird klar gesagt, dass der Staatshaushalt jährlich in der Höhe von 50 Millionen Franken entlastet wird (gemäss Programm auf der Ausgaben- und Einnahmenseite; unklar, wie man auf der Einnahmenseite den Staatshaushalt entlastet). Ebenfalls klar ausgedrückt ist das zukünftige Ausgabenwachstum; begrenzt auf zwei Prozent. Als Massnahmen werden verschiedene Schwerpunkte angeboten, wovon einer die Finanzzuweisungen sind. Mit der Neuordnung dieser Zuweisungen verändert sich jedoch lediglich der Geldzufluss zwischen den Gemeinden und dem Staat; aber dies als eine finanzpolitische Leistung zu betrachten, scheint mir doch ein wenig weit hergeholt zu sein. Es wird jedoch auch von zusätzlichen Einnahmen gesprochen und diese in Zusammenhang mit einer Revision des Steuergesetzes gebracht. Mir erscheint hier besonders deutlich zu werden, dass wir dringend ein Leitbild für unser Land brauchen. Während im Ausland der Steuerwettbewerb immer härter wird, wollen wir bei uns die Steuern erhöhen?

Leider ist das Programm mit allzu vielen allgemeinen Aussagen wie «die Auswirkungen sind sorgfältig zu klären» oder ähnlichen versehen, die keine klare Richtung mehr aufzeigen. Ebenfalls scheinen mir die einzelnen Bereiche nicht aufeinander abge-

stimmt zu sein und widersprechen sich teilweise massiv in ihren Zielsetzungen. Wir wollen einerseits die Landwirtschaft fördern und den Landwirtschaftsraum erhalten, andererseits reden wir von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, Ausbau des Finanzplatzes, Innovationsstandort und internationale Firmensitze, aber ja keine neuen Strassen, doch alle Arbeitslosen sollen eine Stelle bekommen. Diese Widersprüche schaden dem ganzen Programm trotz einiger doch ganz guter Ansätze.»

Peter Marxer jun.:
«Prioritäten setzen»

Ein knappes Jahr brauchte die Koalitionsregierung für die Erarbeitung ihres gemeinsamen Programms. Peter Marxer jun., Präsident der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung, hofft, dass die «ambitiosen Zielsetzungen nunmehr von FBP und VU gemeinsam und speditiv angegangen werden». In einem Statement schreibt er: «Aus Sicht der Treuhändervereinigung ist vor allem die Wiedererlangung eines ausgeglichenen Staatshaushalts wichtig. Im Bereich des Gesellschaftsrechts ist der Novellierung des Stiftungsrechts hohe Bedeutung beizumessen. Der Vernehmlassungsbericht der Regierung vom Juni 2004 geht in die richtige Richtung. Die geplanten massvollen Gesetzesänderungen sollen die zivilrechtliche Akzeptanz der Stiftung erhöhen und die Attraktivität der Stiftung für unsere Geschäftspartner fördern. Zur nachhaltigen Sicherung des Treuhändersektors könnte ausserdem die Überarbeitung des Anstaltsrechts überlegt werden. Zu Unrecht ist die Anstalt in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund geraten. Aus Sicht der Wirtschaft allgemein, nicht nur des Treuhändersektors, wichtig ist auch die Schwerpunktsetzung der im Regierungsprogramm aufgeführten Überarbeitung des Steuerrechts. Dabei ist die Politik gefordert, zunächst die Zielsetzungen zu definieren. Diskussionsbeiträge bestehen zu Hauf. Es wird aber unabdingbar sein, sich auf die wesentlichen Themen zu konzentrieren. Weitgehende Einigkeit in der Wirtschaft dürfte darin bestehen, dass die Couponsteuer abgeschafft werden sollte. Die damit verbundene Attraktivitätssteigerung Liechtensteins würde die kurzfristigen Steuerausfälle rasch kompensieren. Die Treuhändervereinigung wird die Regierung bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe weiterhin tatkräftig unterstützen.»

Josef Biedermann:
«Lehrpersonen stärken»

Ein gemeinsames Regierungsprogramm der beiden Koalitionspartner sei für die Lösung der anstehenden Fragen – auch im Bildungsbereich – entscheidend. Josef Biedermann, Rektor des Liechtensteinischen Gymnasiums, lobt das Programm, äussert aber auch seine Zweifel: «Die Grösse und Überschaubarkeit einer Schule genügen nicht für ein gutes Lernklima. Dazu braucht es neben einer funktionierenden Infrastruktur vor allem das gute Zusammenwirken der Lehrpersonen und aller Unterstützungsdienste. Meiner Meinung nach muss es ein zentrales Ziel aller Bildungsverantwortlichen sein, die Lehrpersonen vom Kindergarten bis zur Hochschule zu stärken. In unserer Dienstleis-

tungsgesellschaft ist mehr Wertschätzung für die Erziehungs- und Bildungsarbeit notwendig. Diesbezüglich vermisse ich eine Aussage im Regierungsprogramm. Und die angekündigte Neugestaltung des «Besoldungssystems beim Lehrpersonal» genügt nicht. Erfreulich ist, dass nicht mehr Schulstrukturfragen im Zentrum von Reformen stehen. «Laufende Qualitätsverbesserungen» müssen auf Verbesserungen des Unterrichts ausgerichtet sein. Auch die wissenschaftliche Analyse der PISA-Ergebnisse belegt, dass nicht die Strukturen für einen erfolgreichen Unterricht massgeblich sind. Gute Rahmenbedingungen und innere Reformen sind viel bedeutender. Dazu braucht es sinnvolle Weiterbildungsangebote und auch die Stärkung der Schulleitungen auf allen Stufen.

Ich begrüsse die im Regierungsprogramm vorgesehene Ermöglichung einer Basisstufe im Übergangsbereich Kindergarten/Primarschule und die «Profilbildung verbunden mit einer verstärkten Schulautonomie» bei der Weiterentwicklung der Sekundarstufe I. Mit der Errichtung einer Sportschule wurde diesbezüglich ein erster, wichtiger Schritt gemacht. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn eine Sekundarschule z.B. «Musik und Tanz» als Schwerpunkt anböte.

Es gilt, eine allzu frühe Spezialisierung zu vermeiden. Weil wir uns am Gymnasium um eine umfassende Bildung bemühen, bestätigen uns viele Eltern, dass das Angebot der gymnasialen Unterstufe für die begabten, interessierten und motivierten Schülerinnen und Schüler zu einer vielfältigen, anspruchsvollen Bildungslandschaft gehört. Die Förderung der Profilbildung erfordert eine Auflösung der angestammten Schulbezirke für die betroffenen Sekundarschulen. Das «Postulat der wohnortnahen Schule» wird dadurch in Frage gestellt. Das erscheint mir aber zumutbar, weil in Liechtenstein die Distanzen verhältnismässig klein sind.

Im Regierungsprogramm nicht erwähnt ist, dass Kinder auch künftig möglichst früh die notwendige sonder- und heilpädagogische Unterstützung erfahren. Ein diesbezüglicher Abbau würde den Zielsetzungen in Bezug auf einen der Entwicklung des Kindes angepassten Lernweg widersprechen.

Fragwürdig erscheint mir die generelle Herabsetzung des Einstiegsalters für Frühenglisch. Ich bedauere, dass unsere Kinder teilweise schon in der dritten Klasse der Primarschule mit der ersten Fremdsprache unter Leistungsdruck gesetzt werden.

Ich bezweifle auch, dass mit der von der Regierung geforderten «stärkeren Orientierung an Leistungsstandards» die Freude am Lernen und an guten Leistungen gefördert werden kann. Lernen wird für die meisten Jugendlichen immer auch mit Arbeit verbunden sein. Gute und sehr gute Leistungen werden durch viel Übung und Training erbracht. Mit Anpassung und Minimalismus werden wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen. Aus meiner Sicht sind die Aufwertung schulischer Erfolge und die Anerkennung des Engagements der Jugendlichen für die gewünschte Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ein zentrales Anliegen. Damit verbunden ist das Bemühen um die Vermittlung von Grundwerten. Soziales Lernen, gegenseitige Rücksichtnahme, Respekt, Übernahme von Verantwortung für die

Schöpfung und die menschliche Gemeinschaft, Zivilcourage und Solidarität müssen in Familie und Schule vorgelebt und gelernt werden und dürfen nicht nur Formeln in Sonntagsreden und Leitbildern sein.»

Urs Sprenger:
«Liberaler Wirtschaftspolitik»

Dem Programm fehle der eigentliche Leitfaden, sagt Unternehmer Urs Sprenger. Der Teil zur Wirtschaftspolitik und zum Arbeitsmarkt sei ihm aber positiv aufgefallen. Er schreibt: «Zunächst ist es als wichtiges Zeichen für den Wirtschaftsstandort zu werten, wenn sich die Regierung in der Zielsetzung unmissverständlich zu einer liberalen Wirtschaftspolitik bekennt, welche unter dem Primat der Eigenverantwortung steht und staatliche Eingriffe und Massnahmen auf das Notwendige beschränkt. Diesem Grundsatz entsprechend wird sich die Wirtschaftsförderung auch weiterhin auf rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen konzentrieren und nicht mittels staatlicher Geldmittel erfolgen. Dies ist zu begrüssen, insbesondere mit Bezug auf die Schaffung und Anpassung von Gesetzen wie beispielsweise dem Gewerbegesetz. In diesem Sinne soll weiters auch eine Anlaufstelle für Wirtschaftsfragen eingerichtet, das KMU-Zentrum zu einem Innovationszentrum weiterentwickelt, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ein Standortmarketing aufgebaut und der Landtag einmal pro Legislaturperiode über die Lage der liechtensteinischen Wirtschaft orientiert werden.

Einen bedeutenden Teil des Regierungsprogramms zur Wirtschaftspolitik nimmt zu Recht der Bereich Arbeitsmarkt ein. Die aktuellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit zeigen, wie dringend hier der Hebel angesetzt werden muss. Die Regierung will – so wie ich das beurteile – hier auf drei Ebenen aktiv werden. Zunächst ist es ihr Ziel, die kooperative Sozialpartnerschaft zu erhalten und stärken, indem die Rechtsgrundlagen für die flächendeckende Geltung von Gesamtarbeitsverträgen und Begleitmassnahmen

gegen Lohndumping geschaffen werden. Dann soll die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konzeptionell angegangen werden, wobei insbesondere das Arbeitslosenrecht den Entwicklungen am Arbeitsmarkt angepasst und die öffentliche Arbeitsvermittlung reformiert wird. Schliesslich will sich die Regierung auch der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung annehmen. Das diesbezügliche Bekenntnis zu tiefen Lohnnebenkosten ist dabei für den Standort ganz entscheidend.»

Carsten-Henning Schlag:
«Eine Messlatte»

Das Regierungsprogramm schaffe Transparenz und sei eine Messlatte, die in Zukunft an die Regierungsarbeit angelegt werden könne, sagt Carsten-Henning Schlag, Leiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOF). In einem Statement schreibt er: «Das Programm widmet dem Wirtschaftsstandort ein Kapitel. Auffällig ist, dass die Finanzpolitik an anderer Stelle abgehandelt wird. Steuerpolitik ist aber auch Standortpolitik; das muss bei der Revision des Steuergesetzes beachtet werden. Positiv finde ich, dass das Ausgabenwachstum auf zwei Prozent begrenzt werden soll; mir fehlt aber eine Stellungnahme zur Staatsverschuldung. Auch «Bildung» ist ein Standortfaktor; das Regierungsprogramm wird dem gerecht. Die Regierung möchte sich verstärkt in der Wirtschaftsförderung engagieren. Eine aktuelle Studie für die Schweiz zeigt, dass die Wirtschaftsförderung ein sehr sensibler Bereich ist, in dem auch viel schief laufen kann. Es fehlt nach wie vor an Informationen zur Wirksamkeit entsprechender Instrumente. Märkte sind manchmal chaotisch, aber in der langen Frist erstaunlich effektiv; das sollte nicht vergessen werden. Der Aufbau eines Frühwarnsystems zur rechtzeitigen Erkennung von wirtschaftlichen Entwicklungen hört sich in den Ohren eines Prognostikers natürlich interessant an. Der geplante bedürfnisgerechte Ausbau der amtlichen Wirtschaftsstatistik ist hier eine Vorbedingung.»



**Jetzt Tickets kaufen!
Und mit UBS günstiger
an die exklusive
Vorpremiere von Disney's
«Himmel und Huhn».**

Besuchen Sie und Ihre Kinder am Sonntagvormittag, 22. Januar 2006, die exklusive UBS-Vorpremiere von Disney's «Himmel und Huhn». UBS-Kunden profitieren dabei vom attraktiven Vorzugspreis von 8 statt 12 Franken pro Ticket (solange Vorrat).

Tickets erhalten Sie:

- bei allen Ticketcorner-Vorverkaufsstellen in Ihrer Nähe
- für das Kino Apollo in Chur auch in der UBS-Geschäftsstelle Chur
- für das Kino Arkaden in Davos auch in der UBS-Geschäftsstelle Davos